

## **Antrag**

der Fraktion Die Linke

### **Energiewende sozial gestalten (I) – ungerechtfertigte Industrieprivilegien abschaffen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu ergreifen,

- die Befreiung von Industriekunden durch die „Besondere Ausgleichsregelung“ nach § 40ff. des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf ihren ursprünglichen Zweck – den Schutz der Wettbewerbsfähigkeit besonders stromintensiver Unternehmen – zurückzuführen. Dazu soll das 2004 gestrichene Kriterium der Handelsintensität wieder eingeführt werden und das Kriterium der Energieintensität angehoben werden.
- die Befreiungen künftig auf die energieintensiven Produktionsprozesse zu begrenzen statt wie bisher das gesamte Unternehmen zu privilegieren;
- die energieintensiven Industrien in Höhe der Ersparnis durch den „Merit-Order-Effekt“ an der EEG-Umlage zu beteiligen;
- das Eigenstromprivileg abzuschaffen.

#### *Begründung:*

Die Strompreise sind seit dem Jahr 2007 um mehr als ein Viertel – um 5,4 Cent – auf heute 26 Cent pro Kilowattstunde im Bundesdurchschnitt gestiegen. In der gegenwärtigen Diskussion über die steigenden Strompreise wird vorwiegend darauf abgestellt, dass der wachsende Anteil der erneuerbaren Energien und ein damit verbundener Anstieg der EEG-Umlage ursächlich für den Preisanstieg sei. Der deutliche Preisanstieg ist jedoch keine unmittelbare Folge

des Ausbaus erneuerbarer Energien – die EEG-Umlage stieg im gleichen Zeitraum nur um 2,6 Cent. Gleichzeitig hat das wachsende Angebot an erneuerbarer Energie an der Strombörse einen preissenkenden Effekt von mindestens 0,9 Cent pro Kilowattstunde gehabt.

So sind die Kosten der Energiewende extrem ungleich verteilt – die Hauptlast tragen die Privatkunden, während die Industrie von zahlreichen Sonderregelungen profitiert. Ursprünglich sollte die „Besondere Ausgleichsregelung“ des EEG besonders stromintensive Unternehmen, die unter einem hohen internationalen Wettbewerbsdruck stehen, bei ihren Stromkosten entlasten. Mittlerweile wurde diese Regelung aber auch auf Unternehmen mit geringer oder ohne Handelsintensität und einer geringeren Energieintensität ausgeweitet. Zum 1. Januar 2012 hat die Bundesregierung die Voraussetzungen für diese Ausnahmeregelung nochmals herabgesetzt. Die Zahl der Anträge für eine Ausnahmegenehmigung hat sich damit gegenüber dem Vorjahr auf über 2000 verdoppelt. Die begünstigten Unternehmen zahlen eine geringere EEG-Umlage bzw. sind von dieser vollständig befreit, wenn sie den verbrauchten Strom selbst erzeugen. Greenpeace geht davon aus, dass die Entlastung für die Industrie (und damit die Belastung für die Privatkunden) auf etwa 4,7 Mrd. € ansteigen wird. Die unter die „Besondere Ausgleichsregelung“ fallenden Unternehmen haben einen Anteil von ca. 18 Prozent am deutschen Stromverbrauch, zahlen aber nur 0,3 Prozent der EEG-Umlage.

Ausnahmen von der EEG-Umlage sind daher auf ihren ursprünglichen Zweck zu begrenzen. Nur die Unternehmen sind zu begünstigen, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit ohne die Reduzierung bzw. Befreiung von der EEG-Umlage gefährdet wäre. Gleichzeitig sollen das Eigenstromprivileg aufgehoben und die Ausnahmen auf energieintensive Prozesse statt auf das ganze Unternehmen begrenzt werden. Diese Maßnahmen würden 2013 ca. 1,4 Cent Entlastung pro Kilowattstunde gegenüber der heutigen Regelung bedeuten.

Die wachsende Einspeisung erneuerbarer Energie hat zu einer Senkung der Strompreise an der Börse geführt (Merit-Order-Effekt) – auch davon profitieren die begünstigten Industrieunternehmen. Sie zahlen gegenwärtig maximal 0,05 Cent pro Kilowattstunde, der Merit-Order-Effekt betrug aber 2011 0,9 Cent pro Kilowattstunde – damit werden die begünstigten Unternehmen netto entlastet. Die Beteiligung der energieintensiven Unternehmen kann damit erhöht werden, ohne dass diese netto belastet werden. Dies ergäbe nochmals einen Einspar-Effekt bei der EEG-Umlage von 0,3 Cent pro Kilowattstunde.

Berlin, den 08. November 2012

U. Wolf                  H. Wolf  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke